

Beziehungen“ die „jeweils konkurrierenden Geschichtsbilder“ überprüfen. In chronologischer Folge skizziert er knapp unter Rückgriff auf die Aussagen der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen und gelegentlich in Absetzung von Fritz Gause's „Deutsch-slawischer Schicksalsgemeinschaft“ (3. Aufl. Würzburg 1967) die kontroversen Themen. Neben Zufallsfunden und den kleinen Heften der „Schriftenreihe“ des Göttinger Arbeitskreises sind Veröffentlichungen allgemeiner Art, wie das von A. Randa herausgegebene „Handbuch der Weltgeschichte“ (Freiburg 1954), der „Ausgang aus der Geschichte“ von Ploetz in irgendeiner Schulausgabe oder die beiden verdienstvollen von Enno Meyer für den Geschichtsunterricht an Schulen zusammengestellten Quellenhefte „Deutschland und Polen“, die Grundlage seiner Darstellung. An deutschen, wissenschaftlichen Ansprüchen genügenden Gesamtdarstellungen benutzt der Vf. nur die „Geschichte der polnischen Nation 1916–1960“ von Hans Roos (Stuttgart 1961), dazu immerhin noch Martin Broszats „200 Jahre deutsche Polenpolitik“ (München 1963); die „Geschichte Polens“ von Gotthold Rhode kennt er ebenso wenig wie Rhodes Beiträge zum „Handbuch der europäischen Geschichte“, die Ergebnisse der Schulbuchkonferenzen in der Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts in Braunschweig oder die Arbeiten Klaus Zernacks zur polnischen Geschichtswissenschaft und zum deutsch-polnischen Geschichtsbild, von spezielleren Titeln wie Wolfgang Wippermanns „Der Ordensstaat als Ideologie“ (Berlin 1979) ganz zu schweigen. Die Aussagen polnischer Historiker rezipiert H. ebenso sekundär wie leicht zugängliche deutsche Darstellungen. Von polnischen Geschichtsdarstellungen in westlichen Sprachen scheint er noch nie etwas gehört zu haben.

Bei allen ehrenwerten Absichten kennt H. weder die deutsche noch die polnische Historiographie. Sein Wissensstand ist überwiegend der popularisierender Darstellungen aus den sechziger Jahren, die Ergebnisse der Geschichtswissenschaft ignoriert er. Eine Detailkritik erübrigt sich, zumal der vielfach stichwortartig gehaltene Text offensichtlich unlektoriert zum Druck gegangen ist. Was diese Schrift in einer Reihe von „Hochschulschriften“ zu suchen hat, ist rätselhaft, und selbst als Beitrag zur Didaktik taugt sie nichts. Gäbe es eine Bibliographie der Bücher, die besser ungedruckt geblieben wären, so wären H.s „Deutsch-polnische Geschichtsprobleme“ ohne Zweifel einen Eintrag wert.

Herne

Wolfgang Kessler

**Klaus Zernack: Preußen – Deutschland – Polen.** Aufsätze zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen. Hrsg. von Wolfram Fischer und Michael G. Müller. (Historische Forschungen, Bd. 44.) Verlag Duncker u. Humblot. Berlin 1991. VI, 286 S.

Nach den Ausführungen der Herausgeber bilden die in diesem Sammelband enthaltenen Aufsätze Klaus Zernacks, die aus Anlaß von dessen 60. Geburtstag zusammengestellt worden sind, „in der Summe den programmatischen Entwurf zu einer Neuinterpretation“ des schwierigen Nachbarschaftsproblems Deutschland–Polen und werfen darüber hinaus „Methodenprobleme der Beziehungsgeschichte, der historischen Synthese und der Epochengliederung auf“. Zentrale Bedeutung hat hier das Problem, inwieweit Beziehungen zwischen Nationen als „konstitutives Element der europäischen Geschichte seit dem Mittelalter begriffen und erforscht werden müssen“. Mit Ausnahme der Beiträge „Brandenburg und Polen im Mittelalter“ und „Der große Nordische Krieg und das europäische Staatensystem“ sind alle Aufsätze bereits an anderer Stelle veröffentlicht worden. Das nimmt jedoch dem Sammelband in Anbetracht der darin enthaltenen zahlreichen Fragen und Thesen zu diesem von der deutschen Geschichtsforschung nach 1945 weitgehend vernachlässigten Komplex nichts von seiner Aktualität.

Die Beiträge sind vier thematischen Bereichen zugeordnet worden, von denen der erste sich mit der geschichtswissenschaftlichen Aufgabe der deutsch-polnischen Beziehungen auseinandersetzt. Ausgehend von dem Jahrtausend deutsch-polnischer Beziehungsgeschichte, das der Vf. unter den Aspekt des nationalen Prinzips stellt, er befaßt sich u. a. mit kritischen Gesichtspunkten zur Nationalismus-Diskussion in Ost und West und betrachtet die Entstehung von Nationen von der Verchristlichung der Völker über die hochmittelalterlichen Siedlungsbewegungen, das frühneuzeitliche Staatensystem und den Absolutismus bis zum Aufkommen des modernen Nationalismus im 19. Jahrhundert, wird die Besonderheit der deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte mit Bezug auf die 1957 von Herbert Ludat vorgenommene Periodisierung analysiert. Ein derartiges Verfahren läßt zwar Grundtendenzen des Entwicklungsprozesses erkennen, wichtig ist jedoch der Blick auf die Vielschichtigkeit der preußisch-polnischen Nachbarschaft, die nur aus dem Kontext der sich ständig wandelnden beiderseitigen Beziehungen auf allen Ebenen deutlich gemacht werden kann. Der umfangreiche, im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz verwahrte Fundus des Historischen Staatsarchivs Königsberg enthält dazu eine Fülle von Belegen.

Positiv bewertet der Vf. im folgenden die Arbeit der deutsch-polnischen Schulbuchkommission, deren Bedeutung er vor allem in der Heranführung der Diskussion an ein neues Synthesekonzept sieht, das die deutsch-polnischen Beziehungen in eine „gleichsam normale Epoche“ der beiderseitigen Geschichte von den Anfängen bis in die frühe Neuzeit und in eine spätere, „die durch einen besonderen Antagonismus . . . geprägt ist, für den der preußische Staat als Antriebsfaktor wirksam ist“, unterteilt. Auf diese Periodisierung kommt der Vf. in anderen Beiträgen des Sammelbandes immer wieder zurück, wobei er die gescheiterte Revolution von 1848 als Peripetie in der Geschichte der beiden Völker ansieht. Anders als Z. sieht der Rezensent in den Alternativempfehlungen von Menzel, Stribny und Völker einen konstruktiven Beitrag zur Konkretisierung der Schulbuchdiskussion auf dem Wege der Richtigstellung von Fehlern und Mißverständnissen. Eine Rückkehr zur einzelnationalen Synthese, die sich auch auf polnischer Seite findet, kann eine wichtige Grundlage für die Erstellung einer übergreifenden Synthese bilden.

Im folgenden beleuchtet der Vf. das Preußenproblem in der polnischen Geschichte. Hier hält der Rezensent die These, die preußisch-kleindeutsche Lösung sei mit ihrer preußischen Territorialbasis auf die Nichtlösung der polnischen Frage gegründet gewesen, in dieser Verabsolutierung nicht für vertretbar. Zweifellos spielte die preußische Polenpolitik eine gewisse Rolle in ihrer Festlegung auf „kleindeutsch“. Diese darf indes angesichts der vielschichtigen Interessen Preußens 1848/49 nicht überbetont werden. Wichtiger war beispielsweise die Wahrnehmung wirtschaftlicher Belange des Hohenzollernstaats in einem von ihm geführten Zollverein unter Ausschluß des Konkurrenten Österreich, was nur im kleindeutschen Rahmen realisierbar war. Alle Pläne Schwarzenbergs und Brucks, die in einer deutsch-österreichischen Zollunion unter Einschluß der außerdeutschen Gebiete der Habsburgermonarchie gipfelten, wurden daher in Berlin abgelehnt. Diskussionsbedürftig sind auch die Bezeichnung Preußens als Staat mit „halbdeutschem Charakter“ und die Betonung seines deutsch-polnischen Mischungscharakters. Z. spricht geradezu von einem Staat zweier Nationen. Sicherlich war der polnische Bevölkerungsanteil in der Provinz Westpreußen und vor allem im Posenschen beachtlich. Dennoch wird hier das polnische Bevölkerungselement im Rahmen des Gesamtstaats bedeutend überzeichnet. Die in Randgebieten der Monarchie wohnenden Polen konnten an dem deutschen Charakter Preußens nichts ändern. Daneben gab es nach 1866 noch eine dänische Minderheit in der Provinz Schleswig-Holstein, die zwar viel geringer als die polnische war, aber auch nicht übersehen werden darf. Es ist immer bedenklich, das von wechselnden Zeitumständen geprägte Verhalten von Staaten aus

heutiger Sicht moralisch zu werten. Es ist daher m.E. nicht zutreffend, vom Beginn einer „negativen Polenpolitik“ unter dem Großen Kurfürsten zu sprechen, die sich durch die Annäherung Brandenburg-Preußens an Rußland verfestigt habe. Das damalige politische System wurde durch die Regeln der Kabinettspolitik bestimmt, die sowohl im Osten als im Westen durch Angliederung oder Abtretung von Territorien bestimmt war. Der Nationalismus moderner Prägung spielte damals noch keine Rolle. Seit der Mitte des 19. Jhs. sah das – und hier ist dem Vf. zuzustimmen – allerdings anders aus.

Der folgende Abschnitt des Sammelbands enthält Studien zu Preußen als „beziehungsgeschichtliches Problem“. U. a. werden hier Preußen als Problem der osteuropäischen Geschichte, die Geschichte Preußens und das Problem der deutsch-polnischen Beziehungen sowie der Preußen-Mythos bei Fontane betrachtet. Es ist richtig, daß die Beziehungen der Weimarer Republik zu dem wiedererstandenen polnischen Staat belastet waren, wofür die Friedensregelung der Alliierten im Versailler Vertrag die Hauptverantwortung trug. Es genügt nicht, wenn der Vf. von der „antipolnischen Einstellung“ der Reichsregierung spricht, ohne deren Gründe aufzuzeigen. Einen beträchtlichen Anteil daran hatte die von Frankreich unterstützte Politik Polens, die trotz des mehrheitlichen Votums für Deutschland in Oberschlesien die Abtretung von 25 Prozent des Abstimmungsgebiets mit 42,5 Prozent der Bevölkerung durchsetzte. Hinzu kamen Eroberungspläne in bezug auf Ostpreußen, über deren Realisierbarkeit der polnische Generalstab im Rahmen des Foch-Planes schon zu Beginn der 1920er Jahre nachdachte. Dem Vf. ist zuzustimmen, wenn er die enge Verklammerung Brandenburg-Preußens in der osteuropäischen und mehr noch in der ostmitteleuropäischen Geschichte skizziert. Anders als Z. sieht aber der Rezensent nach dem Wiener Kongreß, der Preußen nicht nur die Angliederung des Großherzogtums Posen, sondern auch die der Rheinprovinz brachte, die zunehmende Entwicklung einer Brückenfunktion des Hohenzollernstaats zwischen Ost und West, wozu vor allem die führende Rolle dieser Macht im deutschen Zollverein beitrug. Im Zuge der Industrialisierung gewannen in wirtschaftlicher Sicht die Westgebiete der Monarchie Vorrang vor dem agrarischen Osten. Bei der epochalen Wandlung Preußens zum modernen Industriestaat mußte dieses mehr nach Westen als nach Osten blicken. Die polnische Frage blieb hier zwar ein wichtiges, aber keineswegs das gravierendste Problem. In diesem Zusammenhang darf der Wirkungszusammenhang von Reichsgründung und polnischer Frage nicht überschätzt werden. Die Reichseinigung wurde von Bismarck nicht nur „mit Blut und Eisen“ vollzogen, sondern konnte auch auf die vorausgehende wirtschaftliche Einigung im Zollverein zurückgreifen, der im 1867 geschaffenen Zollbundesrat und Zollparlament nicht nur den Norddeutschen Bund, sondern auch die süddeutschen Staaten umfaßte. Das rechtfertigt indes nicht die große Vernachlässigung Polens in der Preußen betreffenden Historiographie der Bundesrepublik und der ehemaligen DDR, was der Vf. mit Recht bemängelt. Ein Beispiel dafür ist Ingrid Mittenzweis Buch „Friedrich II.“, das die polnischen Aspekte der Politik des Preußenkönigs ausklammert. Vom 18. bis zum 20. Jh. sind die preußisch-russischen Beziehungen ohne Eingehen auf die polnischen Verhältnisse nicht zu analysieren.

Interessante Aspekte vermittelt der Vf. in seinen Aufsätzen über den Landesausbau und die mittelalterliche Nationsbildung im östlichen Mitteleuropa, wobei er u. a. Brandenburg und Polen vergleichend betrachtet. Fraglich bleibt indes, ob es ausreicht, Polen in seiner frühen Epoche als „Handelsstaat“ zu skizzieren.

Der letzte Abschnitt des Bandes beleuchtet die deutsch-polnischen Beziehungen und das Staatensystem der frühen Neuzeit. Einen zentralen Ausgangspunkt für die „negative Polenpolitik“ der Großmächte Rußland, Preußen und Österreich sieht Z. in dem 1733 geschlossenen „Bündnis der drei schwarzen Adler“, wobei allerdings hervorzuheben ist, daß Polen in der im wesentlichen auf die Jülich-Bergsche und ostfriesische

Frage konzentrierten Außenpolitik Friedrich Wilhelms I. nur eine untergeordnete Rolle gespielt hat. Es ist unstrittig, daß die preußisch-polnischen Beziehungen im 18. Jh. entscheidend durch Rußlands Machtaufstieg geprägt worden sind. Eine wichtige Grundlage sieht der Vf. im Friedensschluß von Nystad von 1721, dessen System eine dauerhafte Interessengemeinschaft Rußlands, Preußens und Österreichs bedingte, die mit der von Frankreich gelenkten „Barrière de l'Est“ in Konflikt geriet. Für Z. führt diese in Nystad begründete Ostallianz auf direktem Wege zu den Teilungen Polens, wobei für ihn die Verfeindung Preußens und Rußlands im Siebenjährigen Krieg nur „temporären Charakter“ hat. Der Vf. erklärt den damaligen Gegensatz zwischen beiden Mächten aus dem Bündnis Friedrichs II. mit Frankreich in den beiden ersten Schlesischen Kriegen, der damit ungewollt zum Arm der französischen Barriere geworden sei. Das Zarenreich sei vor allem in den Krieg gegen Preußen eingetreten, um sich Preußen in seiner Polenpolitik wieder gefügig zu machen. Da 1756 Frankreich zu den Kriegsgegnern Preußens gehörte, habe man in Petersburg die gegen Friedrich den Großen geschlossene Allianz als unnatürlich empfunden und den Siebenjährigen Krieg nicht mehr im Sinne der ursprünglichen russischen Kriegsziele geführt. Z. sieht diesen Interessenkonflikt der russischen Seite in der halbherzigen Kriegführung der zarischen Generalität gegen Preußen bestätigt, die z. B. den entscheidenden Sieg von Kunersdorf nicht ausgenutzt habe, wobei er allerdings das zögerliche Verhalten des österreichischen Feldmarschalls Daun in seiner Argumentation nicht berücksichtigt. Ein Mirakel des Hauses Brandenburg habe es daher in Wirklichkeit nicht gegeben. Dieses sei aus der historischen Wechselwirkung mit dem „Debakel der Republik Polen“ nicht herauszulösen. Seit 1763 habe der mächtropolitische Grundsatz der „negativen Polenpolitik“ im Sinne von Nystad wieder existiert. Diese Thesen sind zwar ein wichtiger Diskussionsansatz, indem sie den Blick auf die polnischen Belange richten, sie widersprechen jedoch der Erkenntnis, daß die preußische Politik des 18. Jhs. in ihrer vielfältigen Verflechtung mit gesamteuropäischen Verhältnissen betrachtet werden muß. Ein Beispiel dafür ist die Gottorfer und Sundzollfrage, die für die preußische Diplomatie – aber auch für die russische – ein Problem allerersten Ranges gewesen ist. Sie gewann nach dem Ende des Nordischen Krieges eine weit über die Belange des Nordens hinausgehende Aktualität und bestimmte die Politik der europäischen Kabinette im Sinne einer „Balance du Nord“. Dem Ostseeraum und damit einer Kontrolle Schwedens und Dänemarks galt das Hauptinteresse des zur Großmacht aufgestiegenen Zarenreichs. Zur Verwirklichung seiner hegemonialen Ziele im Norden brauchte es die Unterstützung Preußens, was sich unmittelbar auf die Partnerschaft im Vorgehen gegen Polen auswirkte. Das auf dem Bündnis des Gottorfers Karl Peter Ulrich – gemeint ist damit Zar Peter III. – mit Preußen beruhende „Mirakel des Hauses Brandenburg“ hat seine Ursachen nicht nur vordergründig in dessen Bewunderung Friedrichs, sondern vor allem in den Gottorfer Hausinteressen des neuen Zaren, der in einem Krieg gegen Dänemark auf die preußische Militärmacht zurückgreifen wollte. Eine enge Verknüpfung dieses Mirakels mit dem polnischen Debakel wird hier nicht erkennbar. Die mehrjährige Besetzung Ostpreußens muß vor allem im Rahmen der russischen Ostseepolitik betrachtet werden. In den Häfen der okkupierten Provinz besaßen die zarischen Truppen ein gutes Sprungbrett nach Westen, d. h. nach Dänemark und zum Sund, aber auch nach Mecklenburg, das schon unter Peter dem Großen ein Objekt der russischen Politik gewesen war.

Aus allen diesen Aspekten kann der Schluß gezogen werden, daß die polnische Frage trotz ihrer zweifellos großen Bedeutung in ihren Auswirkungen auf Preußen nicht überschätzt werden darf. Die positiven Ergebnisse der Beiträge von Klaus Zernack bestehen vor allem in der Formulierung unkonventioneller Thesen, die zur Diskussion über das auf deutscher Seite lange vernachlässigte Problem Preußen – Polen anregen können.

Berlin

Stefan Hartmann